

Proteste gegen Stuttgart 21

Unterlagen des Polizeipräsidiums Stuttgart im Staatsarchiv Ludwigsburg



1 Screenshot aus den Videoaufnahmen der Polizei.

Vorlage: LABW, StAL

Das Verkehrs- und Städtebauprojekt zur Neuordnung des Eisenbahnknotens Stuttgart *Stuttgart 21* (kurz S21) wurde im Jahr 1994 erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt; der eigentliche Baubeginn war im Jahr 2010. Der schon bald aufkommende Protest gegen dieses Bauvorhaben führte schließlich zur Gründung des Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21, das ab November 2009 die nun regelmäßig stattfindenden Montagsdemonstrationen organisierte. Bundesweit erstmalig wahrgenommen wurde der Protest gegen Stuttgart 21 ab Juli 2010, als mit den Abbrucharbeiten am Nordflügel des Hauptbahnhofs begonnen werden sollte, dieser jedoch von Stuttgart 21-Gegnern besetzt wurde. Die in den folgenden Monaten anwachsenden Demonstrationen verlagerten sich schließlich in den Schlossgarten, wo alte Bäume gefällt werden sollten.

Am Vormittag des 30. September 2010, dem *schwarzen Donnerstag* besetzten zahlreiche S21-Gegner den Schlossgarten, da Informationen über einen unmittelbar bevorstehenden Polizeieinsatz durchgesickert waren. Nachdem sich die Hinweise verdichteten, wurde eine gleichzeitig stattfindende Schülerdemonstration gegen S21 in der Innenstadt beendet. Mehrere Hundert Teilnehmer, die meisten minderjährig, strömten in den Park, einige besetzten spontan Bäume und blockierten die Zufahrtswege.

Mit der nun völlig aus dem Ruder gelauten Räumung des Schlossgartens, bei der rund 400 Menschen durch den Einsatz von Schlagstöcken, Wasserwerfern und Pfefferspray verletzt wurden, setzt die Überlieferung des Staatsarchivs Ludwigsburg ein, die sich auf zwei Bestände verteilt: die eigentlichen Ermittlungsakten des für Amtsdelikte zuständigen Dezernats des Polizeipräsidiums Stuttgart (LABW, StAL EL 51/10) und die Videoaufnahmen/Videoclips der polizeilichen Einsatzkräfte (LABW, StAL EL 51/7). Die digitalen Unterlagen wurden bereits im Jahr 2016 vom Staatsarchiv Ludwigsburg übernommen, die analoge Überlieferung ein Jahr später. Die Unterlagen, die jetzt den Bestand LABW, StAL EL 51/10 bilden, lagen zu kleinen Teilen bereits dem Untersuchungsausschuss I des baden-württembergischen Landtages, der Gesamtbestand dem Untersuchungsausschuss II vor.

Die rund 600 Leitzordner des analogen Teils beinhalten die Dokumentation der Einsatzplanung, die gesamte Einsatzdokumentation, die insgesamt 380 Strafanzeigen gegen Polizeibeamte, die Ermittlungen sowohl gegen straffällig gewordene Demonstranten, als auch gegen Polizeibeamte, die Auswertung des E-Mail-Verkehrs zwischen Ministerpräsident Mappus und dem Stuttgarter Polizeipräsidenten Sturm und die Auswertung des Videomaterials. Letzteres setzt sich zusammen aus den Videoaufnahmen durch die Polizei und dokumentiert äußerst umfangreich das gesamte Demonstrationsgeschehen. Hinzukommen sowohl Video- als auch Sprachaufnahmen aus den Wasserwerfern. Vor allem diese erbrachten bei der Auswertung belastendes Material gegen dort eingesetzte Polizeibeamte.

Sowohl aufgrund der Laufzeit, als auch aufgrund personenbezogener Inhalte ist der Bestand gegenwärtig noch nicht nutzbar.

* **Martin Häußermann**